

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V

Nummer 01/2015 ★ 23. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Januar 2015

Mit Mut und Entschlossenheit in das Jahr 2015

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.

Das zurückliegende Jahr war in vielerlei Hinsicht ein sehr bewegtes, unruhiges Jahr. In Berlin demonstrierten im Friedenswinter mehrere tausend Menschen gegen Gauck und gegen Krieg. Über 15000 Menschen sind in Dresden nachdrücklich schweigend auf der Straße.

Wie immer sind Politik und Medien schnell bereit, alles totzuschweigen oder mit abfälligem Vokabular zur Stelle: Neue Rechte, Neonazis, Antisemiten, Verschwörungstheoretiker und Paranoide, Chaoten, eben der Mob. Alles mag zutreffen, nur wird bewusst eine fehlerhafte Politik, besonders hinsichtlich der Flüchtlinge ausgeblendet, worüber sich immer mehr Menschen sorgen und ängstigen.

Tatsächlich steht auch die Mitte der Gesellschaft auf der Straße: Akademiker, Menschen, die gut verdienen, Lehrer, Selbständige, Kulturschaffende und viele Studenten. Was sich dazwischen bewegt, von wem auch immer geschickt, gilt und zählt nicht.

Die wachsende Zahl von Armutsflüchtlingen hat sich durch Millionen Kriegsflüchtlinge vermehrt. Ganze Staaten – nach Afghanistan und Irak auch Libyen und Syrien – sind als Opfer der Weltherrschaftspolitik der USA ins Chaos gestürzt worden. Im Gaza-Krieg starben 75 Israeli und 2000 Palästinenser, Hunderttausende Palästinenser wurden obdachlos. Regierung und Präsident der Bundesrepublik setzen in Gefolgschaft zu den USA auf die Militarisierung der Außenpolitik. Deutsche Rüstungsexporte und eine unzureichende deutsche Entwicklungshilfe tragen zur Eskalation der weltweiten Konflikte bei. Nach dem von den USA mit 5 Milliarden Dollar gesponserten Regime-Wechsel in der Ukraine wurde der Kalte Krieg reaktiviert und die Gefahr eines heißen Krieges in Europa heraufbeschworen. Der bei den Europawahlen 2014 schon sichtbar gewordene Vormarsch neofaschistischer

Kräfte erreichte in der Ukraine seine bisher deutlichste Ausprägung. Wen wundert da das Erstarken der AfD und einer Bewegung, die das kapitalistische Credo „Jeder ist sich

selbst der Nächste“ verinnerlicht hat. Sie belegen die Manipulierbarkeit von Bevölkerungsteilen, die ansonsten ganz bewusst „unpolitisch“ auf Stammisch-Niveau gehalten werden. Wie der Appell von mehr als 60 namhaften Intellektuellen „Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ zeigt, existieren in der bundesdeutschen Gesellschaft nach wie vor einflussreiche Kräfte, die sich von politischer Vernunft leiten lassen. Ihnen gehört unsere Sympathie und Unterstützung.

Bedrückend haben wir die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Grenzöffnung der DDR am 9. November 2014 erlebt. Im Siegesrausch ist jeder differenzierte Umgang mit der Geschichte verloren gegangen. Verblieben ist eine forcierte antikommunistische Missionierung der Ostdeutschen, bei der jede positive Erinnerung an die DDR weggebügelt werden soll. Im Täter-Opfer-Klischee haben bestenfalls noch „angepasste“ DDR-Bürger Platz, die am Ende einem schrecklichen Schicksal entronnen sind. Dass Teile der Partei DIE LINKE sich mit dem „Kniefall von Thüringen“ ihre Regierungstauglichkeit erkaufen haben, macht die Sache nicht besser.

Dennoch kommt mir in diesem Zusammenhang unwillkürlich der Beginn des kommunistischen Manifestes in den Sinn. Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der Linken. Alle Mächte der bürgerlichen Parteien haben sich in einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, einschließlich des Herrn Bundespräsidenten. Allzu gern möchte man diesen Linken den demokratischen Charakter absprechen, ihnen nachweisen, dass sie nicht aus der Vergangenheit gelernt haben. Fehlerhafte Politik und die mitunter falsche Auslegung der sozialistischen und kommunistischen Ideen von Marx und Engels in der DDR sind auch für sie verbrecherisch. Das Auftreten von Biermann im Bundestag war peinlich genug.

An unserer Haltung zur Linken, wie wir sie mehrmals deutlich gemacht haben, ändert sich nichts. Nicht was uns trennt, sondern was uns mit unserem Anliegen eint, werden wir fördern.

Das Jahr 2014 hat für viele Bürger bescheidene, aber durchaus spürbare soziale Verbesserungen gebracht, insbesondere Rentenerhöhungen über der Inflationsrate und die halbherzigen Mütterrenten. Andere Verbesserungen, wie Mindestlöhne oder die Rente ab 63 Jahren für langjährig Versicherte sind amtlich angekündigt. Nicht zu übersehen ist aber, dass der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiter stagniert. Auch die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander gegangen. Die fünf reichsten Deutschen verfügen mittlerweile über das gleiche Vermögen, wie 40% der Bevölkerung, das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt genau so viel, wie 80 % vom Rest.

Bekanntlich hat ISOR maßgeblich eine Petition der GBM zur Rentenangleichung Ost an West unterstützt, die nun im Januar 2015 dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben werden soll. Dort liegt immer noch unsere Petition gegen die Strafrenten. Erst wenn der Bundestag - voraussichtlich Mitte 2015 – einen Antrag der LINKEN zu offenen ostdeutschen Rentenproblemen in vier Ausschüssen und im Plenum des Bundestages behandelt hat, wird auch darüber entschieden werden.

Die Mitglieder unserer Initiativegemeinschaft haben in den letzten Jahren im Rahmen von Petitionen über 150 000 Unterschriften gesammelt, die davon zeugen, dass Unrecht und Willkür nicht einfach hingenommen und berechnete Anliegen selbstbewusst eingefordert werden. Warten wir die Reaktionen des Bundestages ab, der sich nun zu unseren Forderungen klar und eindeutig positionieren muss.

Das Jahr 2014 ging zu Ende, ohne dass sich vage Hoffnungen auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu unseren gemeinsam mit der IGA geführten sieben Verfassungsbeschwerden erfüllt haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Entscheidung 2015, evtl. sogar noch in der ersten Jahreshälfte fällt, ist angesichts der bereits erheblichen Verfahrensdauer relativ hoch. Unsere Verfassungsbeschwerden sind solide begründet und geben allen Grund zum Optimismus. Auch die lange Verfahrensdauer ist eher ein Zeichen dafür, dass sich das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung nicht leicht macht. Eine „bleierne Zeit“ des Wartens nähert sich ihrem Ende.

Wie und wann immer auch das Bundesverfassungsgericht entscheidet: Willkürliche Rentenkürzungen waren, sind und bleiben Unrecht! ISOR hat sich als solidarischer Zusammenschluss bewährt und mehr als 20 Jahre lang seine Kampfkraft bewiesen. Auch angesichts der anhaltenden Diffamierungen und Ausgrenzungen ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR gilt es, unsere in der Solidarität wurzelnde Stärke zu erhalten und zu festigen.

An uns liegt es auch 2015, in den Grenzen, die uns Alter und Gesundheitszustand setzen, unsere Interessen weiter wirksam zu vertreten.

Trotz dieser Bedingungen und schwindender Mitgliederzahlen werden wir unseren satzungsgemäßen Auftrag erfüllen.

Mit Bedauern hat der Vorstand von ISOR die Verabschiedung von einzelnen kleineren TIG aus unserem Initiativleben zur Kenntnis nehmen müssen. Trotzdem ist ISOR mit ihren immer noch über 18 000 Mitgliedern relativ stark und handlungsfähig. Das ist auch unserem festen Fundament mit mehreren Tausend Ehrenamtsträgern zu verdanken. Ihnen gehört unsere Anerkennung und Dankbarkeit.

Ich appelliere an unsere Vereinsfreunde, ihre Mitgliedschaft in ISOR beizubehalten, so wie ich es und mit mir viele tausend ehemalige Angehörige der Volkspolizei,

des Strafvollzugs, der Feuerwehr, der NVA und der Grenztruppen sowie der Zollverwaltung tun, obwohl für sie keine Rentenstrafe mehr existiert. Solidarität bestimmt unser Tun und Handeln.

Der Kampf gegen alle Formen sozialen Unrechts, auch für die Menschen außerhalb unserer Initiativgemeinschaft, gegenseitige Hilfe und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen ist und bleibt das Hauptbetätigungsfeld unserer sozialen Solidargemeinschaft. Lassen wir uns den Mut nicht nehmen, versuchen wir gemeinsam, unsere Initiativgemeinschaft nicht nur zu erhalten, sondern durch die Gewinnung neuer Mitglieder weiter zu stärken.

Ich bitte die TIG-Vorstände, sprecht mit den noch wankelmütigen ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, die noch nicht bereit sind, ISOR beizutreten und mit denen, die sich mit

dem Gedanken tragen, ISOR – aus welchen Gründen auch immer – zu verlassen. Jedes Mitglied, ob jung oder alt, ist wertvoll. Wir setzen als Vorstand auf eure Unterstützung.

In diesem Jahr stehen wichtige Entscheidungen und Ereignisse bevor, die unseren Mut, unsere Entschlossenheit und Solidarität erfordern. Wir stehen dabei nicht allein und erhalten weiter Unterstützung von befreundeten Vereinen und Verbänden. Für das Jahr 2015 wünsche ich allen Mitgliedern viel Glück, Gesundheit und Erfolg. Vom letzteren bin ich im Namen der Gerechtigkeit überzeugt.

All jenen Vereinsfreunden, denen es zurzeit gesundheitlich nicht so gut geht, die pflegebedürftig sind, drücke ich die Daumen für eine bessere Zeit und sage Danke für all das, was sie geleistet haben.

Die Bitte unseres Vorsitzenden nach Gewinnung neuer Mitglieder soll unterstrichen werden durch diese Beitrittserklärung für Freunde, Nachbarn, Zögernde

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur ISOR e.V.

als Mitglied oder förderndes Mitglied (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Mit dieser Erklärung erkenne ich die Satzung der ISOR e. V. (im Internet nachlesbar) an. Ich bin mit der satzungsgemäßen Speicherung und Verarbeitung der Daten dieser Erklärung einverstanden.

Bitte bei Interesse Beitrittserklärung ausschneiden und an ISOR e.V. senden oder Betreuer mitgeben.

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1; 10243 Berlin – Fax: 030-29 78 43 20

Beitrittserklärung

_____	_____
Name	Telefon
_____	_____
Vorname	Datum
_____	_____
geb. am:	_____
_____	Unterschrift
Straße/ H-Nr.	(Aufnahmebeitrag: 3,00 EUR)
_____	(monatlicher Mitgliedsbeitrag: mindestens 2,60 EUR)
PLZ/Wohnort	IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand betrachtet den Appell von mehr als 60 namhaften Intellektuellen „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ als ein ermutigendes Zeichen politischer Vernunft. In diesem Appell wird eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland und mehr Objektivität in der medialen Berichterstattung gefordert.

Dieser Appell ist als online-Petition im Internet eingestellt und kann dort von Internet-Nutzern mitgezeichnet werden. Mehr als 30.000 Personen, unter ihnen auch Prof. Horst Bischoff und weitere Mitglieder des Vorstandes, haben davon schon Gebrauch gemacht.

<https://www.openpetition.de/petition/online/appell-wieder-krieg-in-europa-nicht-in-unserem-namen>

*

Manfred Jonischkies informierte über seine Teilnahme am Landesparteitag der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern. Er war hierzu als Vertreter der ISOR eingeladen und offiziell begrüßt worden. Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering sich eindeutig vom Kampfbegriff „Unrechtsstaat DDR“ distanziert hat, war dieser auch kein Thema des Parteitages.

*

Der Geschäftsführer berichtete dem Vorstand über eingeleitete erste Schritte zur Modernisierung des Internet-Auftritts von ISOR. Diese Arbeiten werden noch einige Monate in Anspruch nehmen. Das vorhandene Informations-Angebot wird dadurch nicht eingeschränkt.

anhängigen Beschwerden (seit über zwei Jahren) immer noch keine Reaktion gibt. Unsere ausdauernde Geduld wird also weiterhin strapaziert. Aber deshalb verzagen oder gar aufgeben? Mit uns nicht. In der Diskussion war zu spüren, dass alle um die Alternativlosigkeit unseres Kampfes wissen. Wir haben die Geduld, eine höchst richterliche Entscheidung abzuwarten und sind zuversichtlich. Das sollte jeder wissen. Dazu bestärkt uns auch die anhaltende Solidarität der Mitglieder, die bereits aus der Straffrente entlassen sind. Und auch das wurde positiv konstatiert: Unsere TIG pflegt feste Arbeitskontakte und persönliche Verbindungen zu RotFuchs und dem Verein zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR, die sich z.B. in gemeinsamen gut besuchten Veranstaltungen widerspiegeln. Das werden wir weiter ausbauen.

Karl Bachmann

*

Der Jahresausklang der TIG Güstrow verband Rück- und Ausblick im Sinne unseres Kampfprogramms mit Optimismus. Die Ehefrau unseres langjährigen Mitglieds Hans Wendt, Ingeborg, hatte dazu Verse verfasst, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Wieder wurde klar, unsere Frauen, stehen zu uns und unserer Arbeit. Dafür kann man nicht genug Dank sagen.

Dank aber auch für die gute Zusammenarbeit mit **ISOR aktuell**.

Walter Krüger

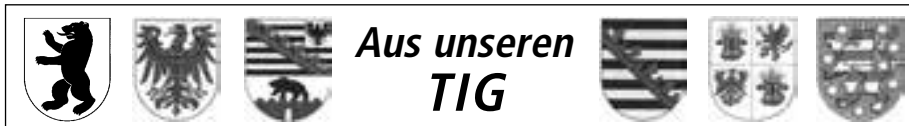
Bei anderen gelesen

Das Recht setzt Regierungen, Geheimdiensten, Soldaten und Polizisten Grenzen. Manche gelten absolut, das heißt, sie dürfen unter keinen Umständen überschritten werden. Eine solche Grenze ist das Verbot zu foltern. Es ist ein Ausdruck der westlichen Zivilisation. Und es markiert einen der großen Unterschiede zwischen Rechtsstaat und Unrechtsstaat.

Wer foltert, macht den Menschen zum Mittel seines Zwecks, er nimmt ihm jene Würde, die allen aufgrund ihres Menschseins zukommt, auch den furchtbarsten Verbrechern. Ein Rechtsstaat darf daher niemals foltern. Er muss jene bestrafen, die das tun. So steht es in nationalen Gesetzen, und so bestimmt es das Völkerrecht. Die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen, die von den USA ratifiziert wurde, verpflichtet die Staaten, gegen Folterer vorzugehen.

Süddeutsche Zeitung vom 13.12.

2014



Drei Mitgliederveranstaltungen im Jahr 2014, zwei externe Beratungen mit den 35 Betreuern, zehn Vorstandssitzungen, nicht gezählt die Aktivitäten der Betreuer mit ihren Gruppenmitgliedern sowie der Vorstandsmitglieder mit Kooperationspartnern im Territorium sowie den Nachbar-TIG. Hinzu kommen ein Frühlings- und ein Herbstfest mit Ehepartnern.

Zutreffend konnte Lothar Voigt als langjähriger Vorsitzender unserer TIG Schwerin am 3. Dezember zur Jahresabschlussveranstaltung einschätzen, dass unsere Solidargemeinschaft ungebrochen zusammensteht und stabil ist. Dafür sprach auch die überdurchschnittliche Teilnahme bei vorweihnachtslichem Kaffee und Kuchen am 4. Dezember. Selbstredend klopft auch an unsere Tür der demografische Faktor: Allein in den letzten Monaten mussten wir zwölf Mitglieder zu Grabe tragen. Der Mitgliederbestand wird älter, viele sind krank und daran gehindert, sich aktiv einzubringen. Dabei ist uns wichtig, ihrer ungebrochenen Solidarität sicher zu sein; ja, sie ermutigen uns und fordern, in unseren gemeinsamen Bemühungen für Rentengerechtigkeit nicht nachzulassen. Die entstehenden Lücken mit neuen Mitgliedern zu schließen, gelingt uns leider nicht mehr 1:1. Das heißt jedoch nicht, die darauf gerichteten Bemühungen einzustellen; denn es gibt noch hinreichend

abseits stehende "Kandidaten". 315 Mitglieder unserer TIG - davon ein beachtlicher Teil aus den Gründerjahren 1991/92 - sind ein solides Fundament, das jegliches ehrenamtliche Engagement rechtfertigt. Der Vorstand nutzte die Gelegenheit, sich bei sieben Betreuern sowie dem Hauptkassierer für ihre langjährige zuverlässige Arbeit mit einem Buchpräsent zu bedanken. Letzterer informierte u.a. darüber, dass über 80 Prozent unserer Mitglieder bereits jeweils im Frühjahr ihren Jahresbeitrag entrichten.

Ach ja, habt Ihr das auch schon festgestellt? Bei den Mitgliederveranstaltungen sitzen an den Tischen oftmals und wiederkehrend dieselben. Sie verhehlen nicht, dass das Zusammentreffen mit nahe stehenden Gleichgesinnten ein tragendes Motiv für ihr Kommen ist. Das möchten sie nicht missen und daher pflegen: Mit ehemaligen Mitstreitern aktuelle Erfahrungen austauschen, sich mit Tipps und Hinweisen gegenseitig unterstützen. Das verdeutlicht, ISOR ist kein rückwärtsgewandter Nostalgiebund, ISOR steht mit beiden Beinen im gesellschaftlichen Leben, reflektiert dieses und setzt sich hiermit kritisch auseinander. Unser Focus ist und bleibt dabei auf die Überwindung jeglicher Form einer politischen Motiven folgenden Straffrente gerichtet. Mit Bedauern und Unmut mussten wir feststellen, dass es bezüglich unserer beim BVerfG

Lesenswert

Ekkehard Lieberam

**Der Kniefall von Thüringen
Die Linke und die Unrechtsstaats-Debatte**
– Eine Dokumentation –

Pad-Verlag, Bergkamen 2014
ISBN 978-3-88515-263-7, 70 Seiten, 7,- €

Durch die ausführliche Dokumentation aller Begründungen und Rechtfertigungen inkl. umfangreicher Gegenpositionen, sowie aufgegebenen früherer Positionen der LINKEN zum ideologischen Kampfbegriff „Unrechtsstaat DDR“, wird in der vorgelegten Broschüre der Nachweis geführt, dass im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Thüringen tatsächlich eine „rote Linie“ überschritten wurde.

Die LINKE nehme so Abschied von einem ihrer bisherigen wichtigsten Alleinstellungsmerkmale: der differenzierten und gerechten Bewertung der DDR und der kritischen Sicht auf den BRD-Staat. Sie verbeuge sich vor dem „Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland“ und dem Unrecht, das in dessen Namen begangen wurde und wird.

Nicht uninteressant sind auch die Belege zur hinter den Erwartungen zurückgebliebenen strafrechtlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte und Statistiken zu Meinungsumfragen. **W.S**

*

Manfred Wild

MEINE GEDANKEN ... lasse ich frei
Gedichte, politische Satire und andere
(All)Gemeinheiten

Verlag RADE Ribnitz-Damgarten 2014
Preis: 13--€

Bezugsmöglichkeiten über den Verlag
Detlef Mauch)

mail: rade.verlag@t-online.de

Tel.: 03821 / 706452

oder den Autor Manfred Wild

mail: wild-ost@t-online.de

Tel. (030) 6485752

In **ISOR aktuell** / Juli 2014 hatten wir diesen Gedichtband mit folgenden Worten vorgestellt: „Manfred Wild ist als Autor und Verseschmied von nachdenklichen Gedichten und auch bissiger Satire besonders unter Berliner Freunden und im Umland von Berlin bekannt. Gut, dass er sich nun entschlos-

sen hat, einige seiner Gedanken nicht nur frei, sondern sie unter tätiger Mithilfe eines unserer Nordlichter auch wieder einfangen zu lassen.

So legen sie gemeinsam eine kleine Sammlung ihres Schaffens vor, - gute Texte, liebevoll ausgestattet mit schönen Zeichnungen, Bildern und Collagen von Detlef Mauch, passend zum Text.

Eine gelungene, empfehlenswerte Erstausgabe, fern vom Mainstream, feinfühlig und hartnäckig zugleich“.

Inzwischen hat der Autor in Absprache mit dem Verleger vom bisherigen Verkaufserlös 100 Euro als Spende an die ISOR-Gemeinschaft überwiesen. Grund genug, das öffentlich Kund zu tun, ihm unseren herzlichen Dank zu sagen und die Werbung für seine Texte zu wiederholen. **H.B.**

Bei uns im Internet

Menschenrechtliche Regelungen im Völkerrecht und ihre Verwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland

„Aktuelle Beiträge“ 4/2014, Hrsg.
ISOR e.V.,
Redaktion ISOR aktuell

Über die Regelung von Menschenrechten im Völkerrecht zu sprechen heißt vor allem, sich ihrem universalen Charakter zuzuwenden und sie in ihrer Komplexität von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechten zu erfassen, wie sie sich in den beiden Menschenrechtskonventionen vom 19.12.1966 widerspiegeln, die zeitgleich erarbeitet und fixiert wurden und als

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), in der Literatur gelegentlich auch unter der Kurzbezeichnung „Sozialpakt“ zu finden, und als

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), in der Literatur auch unter der Kurzbezeichnung als „Zivilpakt“ bezeichnet,

bekannt sind, - inzwischen durch eine Reihe von Zusatzprotokollen und bedeutsame Ergänzungen erweitert. Die damals zeitgleiche Verabschiedung in zwei Konventionen bringt zum Ausdruck, dass es weltweit über die Materie bei den Vertragspartnern Übereinstimmung gab im Wesen der Sache, es

Zwischenruf

Als vor gut einem Vierteljahrhundert die alten Herren abdankten, sah es für einen Augenblick so aus, als komme eine neue Zeit. Es kam aber eine Zeit neuer Herren.

w.k.

aber unterschiedliche Auffassungen gab in der Form ihrer Regelung und hierfür ein Kompromiss gefunden werden musste.

Naheliegender aus unserer Sicht und heute ist vor allem der Blick auf den Sozialpakt und seine Ausgestaltung sowie seine Umsetzung in die innerstaatliche Rechtssetzung und das staatliche Handeln in Deutschland. Wir danken unserem Freund und Genossen Prof. Dr. jur. habil. Erich Buchholz für seine Bereitschaft, eine unseren Erfordernissen entsprechende Einführung in die Materie zur vereinsinternen Publikation bei ISOR erarbeitet zu haben, die wir nunmehr unseren Mitgliedern übergeben können.

Wir hielten es zugleich für sinnvoll, im Zusammenhang mit dieser Publikation eine Rede von Dr. Friedrich Wolff in Erinnerung zu rufen, die er aus Anlass seiner Auszeichnung mit dem Menschenrechtspreis der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“ am 10. Dezember 2002 „Über Lektionen zum Rechtsstaat“ gehalten hat. Ihre Aktualität hat über die Jahre nicht verloren. Wir danken der „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V.“ für die freundliche Genehmigung ihres Nachdrucks aus ihrer „Information 2/2003“.

Wie gewohnt erfolgt zeitgleich mit der Druckausgabe unserer „Aktuellen Beiträge“ ihre Veröffentlichung auf unserer Internetseite, wo sie inzwischen zur Nutzung zugänglich ist. **H.B.**

*

In der Ausgabe von ISOR aktuell
November 2014 haben wir uns im
Leitartikel unter dem Titel

„Wir wehren uns gegen Diffamierung
und Ausgrenzung“

aus unserer Sicht zu ahistorischen Wertungen der Partei DIE LINKE zur Geschichte der DDR positioniert, wie sie im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel der Regierungsbildung unter einem Ministerpräsidenten der LINKEN in Thüringen sichtbar wurden.

➤➤➤ *Fortsetzung auf Seite 5*

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

Inzwischen liegen weitere bemerkenswerte Positionierungen und Standpunkte zu diesem Thema vor, die wir unseren Mitgliedern gern zugänglich machen möchten.

Auf der **3. Tagung der 17. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform in der Partei DIE LINKE** am 7. Dezember 2014 hat deren Bundessprecherin **Ellen Brombacher** einen Bericht des Bundessprecherrats vorgelegt, der eine Analyse der Entwicklung der Partei aus seiner Sicht enthält und zugleich Stellung zu aktuellen Fragen der politischen Kämpfe unserer Zeit bezieht. Wir halten diesen Bericht auch seiner offenen und klaren

Sprache wegen für bemerkenswert.

Nahezu zeitgleich hat der **Ältestenrat der Partei DIE LINKE** am 4.12.2014 eine Erklärung mit dem Titel

„Neue Herausforderungen für DIE LINKE und die Verantwortung des Ältestenrates“

veröffentlicht, in der er seine Besorgnisse über innerparteiliche Entwicklungen artikuliert und die Frage stellt, ob die Partei in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit auf die neuen Herausforderungen für eine linke Opposition in Deutschland genügend vorbereitet und ihr gewachsen ist.

Beide Dokumente sind ab sofort auf unserer Internetseite unter „Diskussionsplattform“ zugänglich.

Wir kommen damit einem mehrfach geäußerten Wunsch nach, unsere elektronischen Medien auch für Informationen zu nutzen, die sonst in der heutigen Medienlandschaft nur schwer und zumeist nur in tendenziöser, auszugsweiser Kommentierung zugänglich sind, die ihre unvoreingenommene Nutzung erschwert.

H.B.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 22.12.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.01.2015

Einstellung im Internet: 06.02.2015

Auslieferung: 15.01.2015

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15